

Inhaltsübersicht

§ 1 Einführung	29
A. Die Lebenswirklichkeit im digitalen Wandel	29
B. Gegenstand der Untersuchung	33
C. Gang der Untersuchung	36
§ 2 Leitlinien gesetzlicher Entwicklungen der Verwaltungsmodernisierung	40
A. Entwicklung des allgemeinen Verwaltungsverfahrensrechts	41
B. Entwicklung des Steuerverwaltungsverfahrensrechts	72
C. Entwicklung des Sozialverwaltungsverfahrensrechts	83
D. Weitere Gesetze der Verwaltungsmodernisierung i. w. S.	85
E. Zusammenfassende Analyse und Ergebnis	88
§ 3 Begriffsklärung vollständig automatisiert erlassener Verwaltungsakte nach den Vorgaben des Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens	92
A. Zur Berücksichtigungsfähigkeit begriffsklärender Vorarbeiten	93
B. Die gesetzlichen Umschreibungen der Kodifikationen des Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens	96
C. Prägende Charakteristika vollautomatisiert erlassener Verwaltungsakte i. S. d. Kodifikationen des BestVerfModG	103
D. Zusammenfassung der begriffskonturierenden Erkenntnisse	161
§ 4 Rechtsnatur und Abgrenzung vollautomatisiert erlassener Verwaltungsakte nach dem BestVerfModG	166
A. Die Einordnung des vollständig automatisiert erlassenen Verwaltungsakts als Verwaltungsakt i. S. d. Handlungsformenlehre	166
B. Abgrenzungen zu weiteren besonderen Ausprägungsformen von Verwaltungsakten	176
C. Zusammenfassung der Ergebnisse	249
§ 5 Der vollständig automatisierte Erlass von Verwaltungsakten im Gefüge des Verfassungs-, Unions- und Verfahrensrechts	252
A. Verfassungsrechtliche Determinanten	253
B. Übertragbarkeit auf Anwendungen jenseits standardisierter Prozessabläufe	304
C. Verfahrensgrundsätze vollautomatisierter Verwaltungsverfahren	334
D. Unionsrechtliche Maßgaben	391
E. Exkurs: Rechtstheoretische Grenzen algorithmischer Rechtsanwendung	411

§ 6 Der vollautomatisierte Erlass von Verwaltungsakten und Formen exekutivischer Letztentscheidungskompetenzen	427
A. Paradigmatische Unvereinbarkeit nach gesetzlichem Leitbild	428
B. Vollautomatisierte Ermessens- und Beurteilungsentscheidungen jenseits der tatbestandlichen Grenzen der §§ 35a VwVfG, 31a S. 1 SGB X, 155 Abs. 4 AO	442
§ 7 Zusammenfassung in Thesen	472
Literaturverzeichnis	495
Sachverzeichnis	527

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einführung	29
A. Die Lebenswirklichkeit im digitalen Wandel	29
B. Gegenstand der Untersuchung	33
C. Gang der Untersuchung	36
§ 2 Leitlinien gesetzlicher Entwicklungen der Verwaltungsmodernisierung	40
A. Entwicklung des allgemeinen Verwaltungsverfahrensrechts	41
I. Die Urfassung des VwVfG von 1976	41
II. 3. VwVfÄndG vom 21. August 2002	43
III. 4. VwVfÄndG vom 11. Dezember 2008	47
IV. Das Planungsvereinheitlichungsgesetz vom 31. Mai 2013	49
V. Das E-Government-Gesetz des Bundes vom 25. Juli 2013	50
1. Änderungen des VwVfG durch Art. 3 des EGovG i.w.S.	51
a) Erweiterung der Schriftformäquivalente	52
b) Weitere Anpassungen im Zuge des Art. 3 des EGovG i.w.S.	55
2. Das EGovG i.e.S.	55
a) Pflicht zur Eröffnung eines elektronischen Zugangs gem. § 2 EGovG	57
b) Subjektives Recht auf elektronische Zugangseröffnung? ..	58
c) Sonstige Regelungen des EGovG.	62
3. Zusammenfassung zum EGovG i.w.S.	63
VI. Das Besteuerungsverfahrensmodernisierungsgesetz	65
1. Das Gesetzgebungsverfahren	66
2. Die Inhalte des Gesetzes: Vollautomatische Verwaltungsakte und Bekanntgabe durch Abruf im Internet	67
3. Das BestVerfModG als Wendepunkt der Entwicklung	68
a) Elektronisierung des Verfahrens als Ausgangspunkt	68
b) Neuakzentuierung durch (Voll-)Automatisierung	71
B. Entwicklung des Steuerverwaltungsverfahrensrechts	72
I. Die Urfassung der AO von 1977	72
II. 2. und 3. VwVfÄndG	73
III. 4. VwVfÄndG und PlanVereinhG	75
IV. Das SteuerbürokratieabbauG vom 20. Dezember 2008	76
V. Das E-Government-Gesetz	77
1. Änderungen der AO	77
2. Das Stammgesetz des EGovG (i.e.S.)	78

VI. Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens	79
1. Ausschließlich automationsgestützt erlassene Steuerbescheide und neue Bekanntgabeform	79
2. Weitere Anpassungen	80
VII. Jahressteuergesetz 2019	82
C. Entwicklung des Sozialverwaltungsverfahrensrechts	83
D. Weitere Gesetze der Verwaltungsmodernisierung i. w. S.	85
I. E-Government-Gesetze der Länder	85
II. Das Onlinezugangsgesetz des Bundes (OZG)	86
III. Sonstige Gesetze	87
E. Zusammenfassende Analyse und Ergebnis	88
§ 3 Begriffsklärung vollständig automatisiert erlassener Verwaltungsakte nach den Vorgaben des Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens	92
A. Zur Berücksichtigungsfähigkeit begriffsklärer Vorarbeiten	93
I. Begriffliche Annäherungen an automatisierte Verwaltungsakte ...	93
II. Maßgeblichkeit der Kodifikationen des BestVerfModG	95
B. Die gesetzlichen Umschreibungen der Kodifikationen des Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens	96
I. Der Wortlaut im Einzelnen	96
1. § 35a VwVfG	96
2. § 31a SGB X	97
3. § 155 Abs. 4 AO	98
II. Parallelbetrachtung der Verfahrenssäulen	100
C. Prägende Charakteristika vollautomatisiert erlassener Verwaltungsakte i. S. d. Kodifikationen des BestVerfModG	103
I. Aufgreifen des Begriffs „automatischer Einrichtungen“	104
1. Erste Einordnung des Begriffs	104
2. Begriffsverständnis im Lichte des Verwaltungsakterlasses „mit Hilfe automatischer Einrichtungen“	107
3. Beschränkungen des Einsatzspektrums	109
4. Zusammenfassung	111
II. „Vollständig[er] [...] Erlass“ durch automatische Einrichtungen ..	111
1. „Vollständigkeit“ des Erlasses durch automatische Einrichtungen	112
2. Automatisierung des vorgelagerten Verwaltungsverfahrens? ...	114
a) Vorgelagertes Verfahren als Bestandteil des „Erlasses“ ...	115
aa) Der „Erlass“ als Akt behördlicher Willensäußerung und -bekanntgabe	115
bb) Eingeschränkte Aussagekraft des Erlassbegriffs	117
b) Automatisiert erlassener Verwaltungsakt ohne automatisiertes Verwaltungsverfahren	119

c) Automatisierung des vorgelagerten Verfahrens als zentrales Charakteristikum vollständig automatisiert erlassener Verwaltungsakte	121
aa) Semantische Anhaltspunkte	123
bb) Die Aussagekraft der Begleitnormierungen	124
(1) Erweiterte Amtsermittlung, §§ 24 Abs. 1 S. 3 VwVfG, 31a S. 2 SGB X	124
(2) Behördliches Risikomanagement gem. § 88 Abs. 5 AO	126
(3) Weitere Normen	127
(4) Zusammenfassung	128
cc) Die gesetzesystematische Abgrenzbarkeit	128
dd) Rechtspolitische und teleologische Erwägungen	130
d) Zusammenfassende Analyse	133
3. Automatisierung der nachgelagerten Bekanntgabe?	136
a) Die nachgelagerte Bekanntgabe als begrifflicher Teil des „Erlasses“	136
b) Gesetzeskontextuelle und systematische Anhaltspunkte	137
c) Unbeachtlichkeit der vollautomatischen Bekanntgabe	140
aa) Begrenzungsfunktion bzw. Schutzzweck der Normen	141
bb) Auswahlvorbehalt des (Fach-)Gesetzgebers	143
cc) Normative Verankerung: automatisierter „Entstehungsvorgang“	144
d) Zwischenergebnis	145
4. Automatisierung des die technischen Verarbeitungsvorgänge auslösenden Impulses	145
a) Beginn des Verwaltungsverfahrens als Bezugspunkt des Impulses	146
b) Unbeachtlichkeit eines automatisierten Impulses	148
c) Zwischenergebnis	150
5. Unschädlichkeit von Aussteuerungsmechanismen	151
a) Rechtsstaatlich absichernde Aussteuerungen	151
b) Beurteilung konkret ausgesteuerter Verfahren	152
c) Rückführung ausgesteuerter Sachverhalte in das automatische Verfahren	153
d) Planmäßige und strukturelle Aussteuerungen	157
e) Zwischenergebnis	158
III. Unabhängigkeit von Verkörperungsformen	158
IV. Keine Sonderdogmatik für „einfache Vollautomatisierung“	160
D. Zusammenfassung der begriffskonturierenden Erkenntnisse	161

§ 4 Rechtsnatur und Abgrenzung vollautomatisiert erlassener Verwaltungsakte nach dem BestVerfModG	166
A. Die Einordnung des vollständig automatisiert erlassenen Verwaltungsakts als Verwaltungsakt i. S. d. Handlungsformenlehre	166
I. Einzelfallbezug, Regelungscharakter und Außenwirkung	166
II. Maßnahme einer Behörde	167
1. Erfordernis einer menschlichen Willensbetätigung	167
2. Bisherige Lösungsansätze	168
3. Kodifikatorische Festlegung und deklaratorische Natur der Kodifikation	170
4. Ansatzpunkte einer dogmatischen Fundierung	171
B. Abgrenzungen zu weiteren besonderen Ausprägungsformen von Verwaltungsakten	176
I. Abgrenzung zu elektronischen und elektronisch übermittelten Verwaltungsakten	176
1. Elektronische und qualifiziert elektronische Verwaltungsakte	176
2. Elektronisch übermittelte Verwaltungsakte	179
3. Zwischenergebnis	180
II. Zur Kategorie „mit Hilfe automatischer Einrichtungen“ erlassener Verwaltungsakte nach Implementierung vollständig automatisiert erlassener Verwaltungsakte nach dem BestVerfModG	181
1. Definitorische Präzisierungen des Begriffs „automatischer Einrichtungen“	181
2. Anwendbarkeit amtsermittlungsbezogener Ergänzungen	183
3. Zum systematischen Verhältnis zwischen „vollständig“ und „mit Hilfe“ automatischer Einrichtungen erlassenen Verwaltungsakten	186
a) Voll- und teilautomatisiert erlassene Verwaltungsakte als zueinander exklusive Kategorien	186
b) Inklusivitätsverhältnis zwischen voll- und teilautomatisiert erlassenen Verwaltungsakten	188
c) Zur Anwendbarkeit der Ausnahmeverordnungen im Einzelnen	191
aa) Vorschriften zum Absehen von der Namenswiedergabe	191
(1) Faktische Unanwendbarkeit aufgrund Fortfalls des Regelungszwecks?	191
(2) Verfahrenseffizienz als übergeordneter Regelungszweck?	193
bb) Regelungen zum Absehen von einer Begründung	196
(1) Geringe Bedeutung aufgrund Fortfalls des Regelungszwecks	196
(2) Bestätigung der geringen Bedeutsamkeit im Steuer- und Sozialrecht	197
cc) Vorschriften zur Entbehrlichkeit einer Anhörung	200

(1) Praktische Bedeutungslosigkeit für vollautomatisiert erlassene Verwaltungsakte im Steuer- und Sozialverwaltungsverfahrensrecht	200
(a) Sozialverfahrensrecht	200
(b) Steuerverfahrensrecht	201
(2) Betrachtung im allgemeinen Verwaltungsverfahrensrecht	202
dd) Zusammenfassende Analyse	208
(1) Inklusivität und grundsätzliche Interoperabilität der Verfahrens- und Formvereinfachungen	208
(2) Faktische Inkompatibilität der Ausnahmeverordnungen	209
(3) Fortbestehen einer defizitären gesetzlichen Steuerung und Anleitung	212
III. Abgrenzung zu fiktiven Verwaltungsakten	215
1. Zur Rechtsfigur fiktiver Verwaltungsakte	216
a) Genehmigungsfiktionen	218
aa) Wirkungsweise und Reichweite der Fiktion	219
bb) Zur Frage der Rechtsnatur	222
cc) Verfassungsrechtliche Grenzen	224
b) Die Steueranmeldung als Beispiel weiterer Ausprägungen fiktiver Verwaltungsakte	227
2. Vollautomatisiert erlassene Verwaltungsakte im analytischen Abgleich mit fiktiven Verwaltungsakten	230
a) Kongruenzen bei faktischer Ergebnisbetrachtung	230
aa) Homogenität in den materiellen Wirkungen	230
bb) Fehlen (notwendiger) menschlicher Mitwirkung auf Behördenseite	231
cc) Teleologische Übereinstimmungen beider Instrumente	232
dd) Zusammenhang zu Mitwirkungsbeiträgen des Bürgers	233
ee) Praktische Austauschbarkeit und Regelungstechnische Konkurrenz	236
b) Disparitäten aus formaler und entstehungsprozessorientierter Sicht	238
aa) Divergenzen im formalen Wesen der Endprodukte: Tatsächliche Existenz versus Fiktion der Existenz	238
bb) Differentiale Entstehungsmodi: Realer Erlass versus irreale normative Umgestaltung	239
cc) Ausnahmeverordnungen von Verwaltungsaktfiktionen?	242
dd) Minus an vorgerichtlicher Rechtmäßigkeitsskontrolle?	245
c) Zusammenfassende Analyse und Schlussfolgerung	247
C. Zusammenfassung der Ergebnisse	249

§ 5 Der vollständig automatisierte Erlass von Verwaltungsakten im Gefüge des Verfassungs-, Unions- und Verfahrensrechts	252
A. Verfassungsrechtliche Determinanten	253
I. Gesetzmäßigkeit automatisierter Verwaltung	253
1. Vorrang des Gesetzes	253
a) Sicherstellung materieller Entscheidungsrichtigkeit	255
aa) Vollständige und richtige Abbildung der rechtlichen Grundlagen	256
bb) Präventive Gehalte der Sicherung materieller Entscheidungsrichtigkeit	259
cc) Nachsorgende Überwachungspflichten	262
(1) Fehlerbeobachtungs- und -korrekturverpflichtung	262
(2) Reaktions- und Anpassungspflichten bei Rechtsänderungen	264
b) Gewährleistung eines funktionalen Gesetzesvollzugs	266
2. Vorbehalt des Gesetzes	268
a) Unergiebigkeit pauschaler Zuordnungen	270
b) Wesentlichkeitsvorbehalt bei besonderer Grundrechtsrelevanz	271
c) Übertragung auf bundesrechtliche Zulassungsnormen	272
3. Ergebnisse zur Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	273
II. Demokratische Zurechnung automatisierter Verwaltungentscheidungen	274
1. Sachlich-inhaltliche Legitimationskomponenten	276
a) Gesetzesbindung als Fundament sachlich-inhaltlicher Legitimation	276
b) Weisungsrechte, Aufsicht und parlamentarische Kontrolle	277
2. Personell-organisatorische Legitimationskomponenten	278
a) Demokratische Verantwortlichkeit des Entscheidungsträgers und Wegfall menschlicher Entscheider	278
b) Personell-organisatorische Zurechnung kraft humaner Residualelemente	279
aa) Bewusste Freigabeentscheidung als menschliches Initiativmoment	279
bb) Menschliche Einflussnahme auf Programmierung und Ausgestaltung der Entscheidungssysteme	280
cc) Fortbestehen einer operativen menschlichen Verfahrensherrschaft	284
3. Zusammenfassendes Fazit zur demokratischen Zurechnung	285
4. Einschränkungen gem. Art. 33 Abs. 4 GG?	287
III. Menschenwürdegehalte als Automatisierungsgrenze	289
1. Die Objektformel als Ausgangspunkt für Unvereinbarkeitstheoren	289
2. Praktische Unergiebigkeit der Menschenwürde	290

a)	Kernbereichsschutz menschlicher Subjektivität versus verfahrensrechtliche Feinjustierung	291
b)	Die Disparität von Automatisierung und „Verobjektivierung“	292
c)	Pragmatische und rechtspolitische Gesichtspunkte	293
3.	Operable Automationsgrenzen in Extrembereichen	294
a)	Sachlich-inhaltliche Automationsgrenzen	295
b)	Formelle Automationsgrenzen	296
4.	Zusammenfassung	297
IV.	Automatisierte Einzelentscheidungen und effektiver gerichtlicher Rechtsschutz	298
1.	Wirksame Kontrolle bei automatisierter Entscheidungserzeugung	298
2.	Nachvollziehbarkeit durch Begründungsmechanismen	299
V.	Fazit zu den verfassungsrechtlichen Determinanten	302
B.	Übertragbarkeit auf Anwendungen jenseits standardisierter Prozessabläufe	304
I.	Axiomatisch-deduktive und stochastisch-induktive Modelle	304
1.	Determinierte Systeme	304
2.	Indeterminierte Systeme	305
II.	Selbstlernende Systeme als Katalysator des vollautomatisierten Verwaltungsakterlasses?	306
1.	Gesetzesystematische Kompatibilität	306
2.	Verfassungsrechtliche Spannungslage und funktional-differenzierende Betrachtungsweise	308
a)	Die Ebene der Rechtsanwendung	309
aa)	Selbstmodulierung und Gesetzmäßigkeitsprinzip	309
bb)	Demokratische Defizite selbstlernender Systeme	313
(1)	Selbstmodulation als Problem sachlich-inhaltlicher Legitimation	313
(2)	Personell-organisatorische Zurechenbarkeit bei Selbstmodulation	314
(a)	Keine effektive Verantwortlichkeit durch Einfluss auf Programminhalte	314
(b)	Keine effektive Verantwortlichkeit durch Freigabeentscheidung	316
(c)	Operative Verfahrensherrschaft als bloßes Legitimationsfragment	317
(3)	Ergebnis zu demokratischen Defiziten selbstlernender Systeme	318
cc)	Gewaltenteilung und effektiver Rechtsschutz	318
dd)	Fazit zum Einsatz intelligenter Systeme auf Rechtsanwendungsebene	320

b)	Vorbehalt für andersartige, ggfls. hybride Anwendungsformen künstlicher Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung	322
c)	Sonstige, insbesondere risikobewertende und informationsverifizierende Komponenten des Entscheidungssystems	323
aa)	Indeterminierte Algorithmen als Katalysatoren einer Risikoevaluation	323
bb)	Verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit intelligenter Risikoevaluation	326
(1)	Funktionalität als Rechtfertigungsfigur	326
(2)	Abgeschwächte verfassungsrechtliche Problemlage	327
(a)	Gesetzmäßigkeit, Gewaltenteilung, Rechtsschutz	327
(b)	Demokratische Legitimation	328
(c)	Zwischenergebnis	329
cc)	Sicherungsmechanismen beim Einsatz intelligenter Risikoevaluation	330
III.	Fazit zum Einsatz selbstlernender Systemkomponenten	332
C.	Verfahrensgrundsätze vollautomatisierter Verwaltungsverfahren	334
I.	Automatisierte Amtsermittlung	335
1.	Der Untersuchungsgrundsatz als Garant rechtsstaatlicher Sachrichtigkeit	335
2.	Durchführung der Amtsermittlung in vollautomatisierten Verfahren	336
a)	Vollautomatisierte Sachverhaltsermittlung als technischer Informationserhebungs-, -akkumulations- und -bereitstellungsvorgang	337
b)	Automationsspezifische Amtsermittlungsdefizite und kompensatorische Mechanismen	341
aa)	Qualifizierte Freitextfelder und automatisierte Äußerungsaufforderungen mit Aussteuerungsfolge als individualitätsintegrativer Mechanismus	344
(1)	Schnittstellen zur Implementation individuellen Vorbringens	344
(2)	Tatsächliche Berücksichtigung individueller Angaben durch Aussteuerung	346
(3)	Grenzen der Integration individuellen Vorbringens	348
bb)	Risikomanagementsysteme als strukturelle Plausibilitäts- und Risikokontrolle	351
(1)	Funktionsweise und Zielsetzung von Risikomanagementsystemen	354
(2)	Modellierungsansätze von Risikomanagementsystemen	355
(a)	Der deterministische Ansatz	355

(b) Selbstlernende Modellierungsansätze	358
(3) Folgen der Risikoidentifikation: risikoinduzierte Aussteuerung	360
(4) Verfassungsrechtliche Mindestanforderungen....	361
(a) Geeignete Auswahl und indikative Kraft der Risikoparameter	361
(b) Zufällige, turnusmäßige, behördenseitige Aussteuerungen	363
(c) Diskriminierungsfreiheit der Risikobewertung	364
(d) Mindestmaß an Transparenz und Nachvollziehbarkeit	367
(e) Verhinderung der Antizipation und Umgebung des Risikomanagements	368
3. Ergebnis zur automatisierten Amtsermittlung	370
II. Automatisierte Anhörung	372
1. Verfassungsrechtliche Hintergründe und Kerngehalte des Anhörungsgrundsatzes	372
2. Anhörung in vollautomatisierten Verfahren	373
a) Generelle Ausnahme- und Ausschlussbereiche	374
b) Unergiebigkeit der Ausnahmeverordnungen für teilautomatisierte Verwaltungsakte	375
c) Die Informativität der Anhörung als Anker ihrer technischen Umsetzung.....	377
3. Ergebnis zur Anhörung in automatisierten Verfahren	378
III. Automatisierte Begründung	379
1. Verfassungsrechtliche Hintergründe und Kerngehalte der verwaltungsverfahrensrechtlichen Begründungspflichten	379
2. Begründungspflichten bei vollautomatisiert erlassenen Verwaltungsakten	380
a) Umsetzung einer automatisierten Begründung	382
b) Inhalte und Tiefe der Begründung	384
c) Erläuternde Begründung versus abstrakte Algorithmenkontrolle	386
3. Ergebnis zur automatisierten Begründung	388
IV. Zusammenfassendes Fazit	389
D. Unionsrechtliche Maßgaben	391
I. Verbot automatisierter Einzelfallentscheidungen, Art. 22 DSG-VO	391
1. Regelungsgehalte des Art. 22 DSG-VO	392
2. Anwendung auf vollständig automatisiert erlassene Verwaltungsakte	393
a) Einschlägigkeit des Art. 22 DSG-VO.....	393
b) Manueller Bekanntgabevorgang und Aussteuerungsmechanismen	394
3. Ausnahmetatbestände und verfahrensmäßige Mindestgarantien	395

a)	Recht auf persönliches Eingreifen des Verantwortlichen ..	397
b)	Recht auf Darlegung des eigenen Standpunkts	398
c)	Recht auf Anfechtung und inhaltliche Neubewertung der Entscheidung	400
d)	Faire und transparente Verarbeitung der Daten	402
e)	Erläuterung der Entscheidung	403
f)	Anforderungen bei besonderen Kategorien personenbezogener Daten	404
II.	Automationsspezifische Auskunfts- und Informationsrechte	405
III.	Ergebnis zu den unionsrechtlichen Einflüssen und Zusammenführung mit nationalem Verfahrensrecht	409
E.	Exkurs: Rechtstheoretische Grenzen algorithmischer Rechtsanwendung	411
I.	Algorithmische Rechtsanwendung als Kategorienfehler	412
II.	Algorithmen als methodisch valide Rechtsanwendunginstanzen ..	416
1.	Algorithmische Rechtsanwendung als Produkt humaner Antizipierung	417
2.	Qualitative und methodische Abstufungen juristischer Subsumtion	420
3.	Zusammenführung der Argumente und Fazit	423
§ 6	Der vollautomatisierte Erlass von Verwaltungsakten und Formen exekutivischer Letztentscheidungskompetenzen	427
A.	Paradigmatische Unvereinbarkeit nach gesetzlichem Leitbild	428
I.	Allgemeines Verwaltungsverfahrensrecht	428
II.	§§ 31a S. 1 SGB X und 155 Abs. 4 AO	429
III.	Steuerverfahrensrechtliche Anzeichen automatisierten Ermessens ..	430
1.	Normative Spuren „automatisierter Ermessenstatbestände“ ..	431
2.	Keine Abkehr von ablehnender Grundkonzeption	432
3.	Allenfalls punktuelle und systemwidrige Aufweichungen	434
IV.	„Bestehen“ des Entscheidungsspielraums	435
1.	Rein normative und verfahrensbezogene Auslegung	435
2.	Inkonsistenz einer verfahrensbezogenen Auslegung	436
V.	Fazit zur gesetzlichen Ausgangslage	441
B.	Vollautomatisierte Ermessens- und Beurteilungsentscheidungen jenseits der tatbestandlichen Grenzen der §§ 35a VwVfG, 31a S. 1 SGB X, 155 Abs. 4 AO	442
I.	Einschätzungen im Schrifttum	442
1.	Ablehnende Auffassungen	442
2.	Aufgeschlossene Meinungen	444
II.	Eigene Stellungnahme	447
1.	Automatisiertes Ermessen	448
a)	Indifferenz hinsichtlich Ausfüllungsmodi	448
b)	Ermessenzweckerreichung in automatisierten Verfahren ..	449

Inhaltsverzeichnis	21
aa) Antizipierbarkeit und Ubiquität wertender Entscheidungsanteile	450
bb) Standardisierte Ermessensausübung durch administrative Selbstbindung	452
cc) Die Problematik des atypischen Falles	454
dd) Risikomanagementsysteme als Kompensationsinstrument	455
c) Zwischenergebnis	459
2. Automatisierte Beurteilungsspielräume	460
III. Konsequenz: Sachwidrigkeit administrativer Letztentscheidungsbefugnisse als normative Automationsgrenze	462
IV. Komplexität der Entscheidungslage als maßgebliche Determinante	464
V. Zusammenfassendes Fazit	469
§ 7 Zusammenfassung in Thesen	472
Literaturverzeichnis	495
Sachverzeichnis	527